

CIRCLE III

Working document 5

"Discussion circle" on own resources

Subject : Note from Hans Martin Bury, Alternate Member of the Convention

Members of the "Discussion circle" III on own resources will find hereafter a note from Mr. Hans Martin Bury, Alternate Member of the Convention, with replies to the questions asked in CONV 654/03

Arbeitskreis "Eigenmittel"

Stellungnahme von Hans Martin Bury zu den Fragen im CONV 654/03

a) Sollte der Rat im Verfahren des Art. 269 EGV einstimmig entscheiden? Welche Rolle sollte das EP spielen?

Zwei Punkte müssen in der Einstimmigkeit verbleiben: die Eigenmittelobergrenze - d.h. die Höhe der Einnahmen, die der EU maximal zur Verfügung gestellt werden – sowie eine etwaige Einführung neuer Eigenmittelquellen.

Für die Fragen des Eigenmittelsystems, die in der Einstimmigkeit verbleiben, sollte es bei der bisherigen Mitwirkung des EP bleiben.

b) Sollte das Verfahren in Art. 269 EGV zum Ratifizierungserfordernis durch die Mitgliedstaaten in Übereinstimmung mit den Erfordernissen ihrer nationalen Verfassungen beibehalten werden, oder sollte die Finanzierung zu einer Gemeinschaftskompetenz werden?

Da die Einnahmen der EU zum Großteil aus Steuern stammen, die von den Mitgliedstaaten erhoben werden, muß die parlamentarische Kontrolle über die Eigenmittel-obergrenze durch die nationalen Parlamente ausgeübt werden. D.h. der Rat sollte hierüber einstimmig entscheiden, mit anschließender Ratifizierung durch die Parlamente der Mitgliedstaaten. Dies gilt auch für die etwaige Einführung neuer Eigenmittelquellen.

c) Erfüllt das derzeitige System der Eigenmittel die Erwartungen der Bürger/Öffentlichkeit im Hinblick auf Transparenz und Gerechtigkeit?

Finanzpolitisch hat sich das gegenwärtige Eigenmittelsystem bewährt. Die nationalen Abführungen an die Gemeinschaft sind direkt ablesbar und haben eine feste Obergrenze. Die Gemeinschaft wiederum hat verlässliche, ergiebige und stetige Finanzierungsquellen.

Die Finanzierung des Gemeinschaftshaushalts ist im wesentlichen leistungsgerecht. Sie folgt weitgehend dem BSP und orientiert sich insoweit an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten. Die Bürger tragen entsprechend ihrer individuellen Steuerbelastung zur Finanzierung der Gemeinschaft – wie zu allen anderen öffentlichen Aufgaben – bei.

Allerdings ist es zutreffend, dass das Finanzierungssystem wegen seiner Komplexität für den einzelnen Bürger schwer nachvollziehbar ist.

d) Erlaubt das bestehende Entscheidungssystem substantielle Änderungen des Eigenmittelsystems?

Unser Ziel, Wachstum und Beschäftigung in Europa zu fördern, schließt eine Erhöhung der Gesamtsteuerbelastung für Bürger und Unternehmen in den Mitgliedstaaten aus. Deshalb widerspreche ich ausdrücklich Überlegungen für eine **zusätzliche** EU-Steuer. Logisch wäre es jedoch, die Verantwortung für Einnahmen und Ausgaben im Zuge des weiteren Integrationsprozesses zusammen zu führen. Wir sollten ernsthaft prüfen, einen neuen Rechtstext in den Vertrag aufzunehmen, der als Ermächtigungsgrundlage für eine spätere EU-Steuer dienen kann.
